

Zeitschrift: Schweizerische Lehrerinnenzeitung
Herausgeber: Schweizerischer Lehrerinnenverein
Band: 27 (1922-1923)
Heft: 6

Artikel: Jahresbericht des kantonal-bernischen Lehrerinnenvereins für 1922
Autor: Steck, Dora
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-311688>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Damit war sein Schicksal besiegelt. Gegen Ende Dezember 1922 wurde bekannt, dass die Abstimmung über das Wahlgesetz und das Frauenwahlrecht schon Mitte Februar stattfinden werde. Da hies es ungesäumt an die Arbeit gehen, wollte man wenigstens eine ehrenvolle Niederlage retten. Der Vorstand des kantonal zürcherischen Bundes für Frauenstimmrecht mit Frauen aller Parteien zusammen, bildete ein interparteiliches Aktionskomitee, das die Propaganda für die Abstimmung durchführte. Ein Plakat, das die Fürsorgetätigkeit der Frauen darstellte, prangte in vielen Hundert Exemplaren an den Plakatwänden im Kanton herum. Tausende von Karten mit dem Plakatabild wurden vertrieben. Artikel für und gegen das Frauenwahlrecht erschienen in der gesamten Presse. Vorträge sollten aufklären über die Tätigkeit der Frau im öffentlichen Leben. Alle Zeitungen brachten vor der Abstimmung Inserate für das Frauenwahlrecht. Ein böses Zeichen für den Ausgang der Aktion war, dass die politischen Parteien Referentinnen für das Wahlrecht ablehnten. So war an den Parteiversammlungen das Schicksal des Wahlgesetzes von Zufällen abhängig. Von den grossen politischen Parteien des Kantons sprachen sich für das Wahlgesetz aus: Die Sozialdemokraten und die Freisinnigen. Die Demokraten beschlossen Stimmenfreigabe.

Am Tage vor der Abstimmung wurden noch durch die Schülerinnen der sozialen Frauenschule und junge Mädchen Flugblätter verteilt.

Und dann kam der grosse Tag! Mit 76 413 Nein gegen 28 615 Ja war die niederdrückende Tatsache vollzogen, dass den Frauen zum zweiten Mal die politischen Rechte verweigert wurden.

Welchen Umständen ist dies Resultat zuzuschreiben? Der grösste Teil der Neinsager sind die Männernaturen, welche im öffentlichen Leben keine Einmischung der Frau wollen und dieser einfach die Fähigkeit zu wertvoller Arbeit für das öffentliche Wohl absprechen. Ein kleines Trüpplein weltfremder Ablehnender fürchtet immer noch, die Frau könnte durch die Tätigkeit in der Öffentlichkeit ihre besten weiblichen Eigenschaften verlieren und Schaden an ihrer Seele nehmen! Überall, wo in Versammlungen das Frauenwahlrecht besprochen wurde, spürte man eine zugeknöpfte, unbelehrbare Ablehnung und den Geist der Stärkern, die sich nicht auf Auseinandersetzungen einlassen, wo sie die Macht und die Absicht haben, zu verweigern. — Und dann haben die Frauen, wie so oft, ihrer eigenen Sache selber geschadet, die einen aus ganz gewöhnlicher Dummheit, andere aus Angst vor den neuen Pflichten, wieder andere aus Egoismus, sie wollen für sich diese Rechte nicht und was andere wollen, kümmert sie wenig. Aber die grosse Zahl der Frauen, die wirklich die politischen Rechte wollen und sich mitverantwortlich fühlen für das Wohlergehen der Gesamtheit, lassen sich nicht entmutigen. Ohne Säumen wird der kantonale Bund für Frauenstimmrecht seine Arbeit wieder aufnehmen und unermüdlich für die Aufklärung wirken. Darf er da wohl auf die Hilfe der Lehrerinnen, ganz besonders auf dem Lande hoffen?

A. G.

Jahresbericht des kantonal-bernischen Lehrerinnenvereins für 1922.

Das verflossene Vereinsjahr begann mit der Generalversammlung, deren Hauptzweck war, der *Einführung des hauswirtschaftlichen Unterrichts* in den

obersten Klassen der Primarschule durch eine Probelektion Förderung angedeihen zu lassen. Der gute Besuch der Veranstaltung zeigte, dass der Bewegung viel Sympathie entgegengebracht wird, und die Probelektion bewies, welch starkes Interesse unsere Mädchen diesem Unterricht entgegenbringen. Die Bewegung nimmt denn auch in unserm Kanton langsam aber stetig zu, gestützt durch die einsichtsvolle Förderung, die ihr die kantonale Unterrichtsdirektion zuteil werden lässt.

Doch ist der hauswirtschaftliche Unterricht in der Volksschule nur das Fundament, auf dem sich dann einmal aller Orten *die weibliche Fortbildungsschule* aufbauen muss. Wir hofften, Ihnen dieses Jahr an der Generalversammlung in einem Referat von gesetzgeberischen Massnahmen in dieser Richtung Mitteilung machen lassen zu können. Diese gesetzgeberischen Massnahmen sollen auch auf Anfang des neuen Schuljahres erfolgen. Doch heute müssen wir Sie noch auf später vertrösten.

Was die *Schulgesetzrevision* anbetrifft, so haben unsere gelegentlichen Erkundigungen ergeben, dass diese vorläufig verschoben ist, der ungünstigen Zeiten wegen. Damit ist auch die Revision des *Seminargesetzes* vertagt, die wir schon lange dringend wünschen. Die schwierige Finanzlage des Kantons und das mangelnde Interesse bei vielen Vertretern der herrschenden Partei bilden vorläufig unbesiegbare Hindernisse. Dem muss Rechnung getragen werden. Auch für das Inspektoratsgesetz wünschte eine unserer Sektionen die Revision. Wir erfassten dieses Jahr die Gelegenheit, bei Anlass der *Inspektorwahl* für den Oberaargau bei der Regierung auf die gemachten schweren Erfahrungen hinzuweisen und zu wünschen, der zukünftige Inspektor möchte eingehenderes Verständnis für die Unterstufe und für die weibliche Berufsführung besitzen.

Dem Interesse, das wir Lehrerinnen der *Seminarfrage* entgegenbringen, versuchten wir in anderer Weise zu dienen. Unsere Eingabe an die Regierung, es möchten auch Frauen in die Seminarkommission und ähnliche Kommissionen gewählt werden, erhielt eine prinzipiell zustimmende Antwort. Dennoch wurden im Laufe des Sommers drei Herren und keine Frau in die Seminarkommission gewählt. So blieb uns nichts übrig, als durch Besuche bei den Mitgliedern der Seminarkommission unsere Forderungen geltend zu machen. Wir fanden freundliches Entgegenkommen und viel Verständnis für unsere Wünsche, doch hatten die Herren noch nicht Gelegenheit erhalten, sich eingehend zu orientieren. Bei Gelegenheit früherer Besprechungen mit der Unterrichtsdirektion und der Seminarleitung waren wir um eine detaillierte Aufstellung unserer Wünsche für eine innere Reorganisation der Lehrerinnenseminarien, vorläufig in erster Linie im Rahmen des dreijährigen Kurses, gebeten worden. Wir wählten deshalb eine Lehrplankommission von fünf Vertreterinnen, die in dieser Frage kompetent und nah interessiert sind. Diese Kommission hat ihre Arbeit mit allem Eifer aufgenommen.

Der kantonalen *Lehrerversicherungskasse* stellten wir das Gesuch, dass bei der Einbeziehung der Mittellehrerkasse auch eine Mittellehrerin in den Verwaltungsrat einziehe, um die Interessen ihrer Kategorie zu vertreten. Infolge der ganzen Neugestaltung des Verwaltungskörpers wurde dann unserm Gesuch nicht entsprochen, mit dem Hinweis auf die kleine Zahl der Mittellehrerinnen. Doch wurde eine Primarlehrerin, Fräulein Lina Müller, bisheriges Mitglied des Verwaltungsrates, nun als Staatsvertreterin wiedergewählt. Wir gratulieren unserer bewährten Vorkämpferin herzlich zu dem Erfolg, den sie dadurch für die Frauensache errungen hat.

Auf die Gefahr des *Gehaltsabbaues* auf kantonalem Boden hatten wir auch ein wachsames Auge, denn wenn sie auch im Jahre 1923 noch nicht vorhanden ist, so darf man sie doch keineswegs für ausgeschlossen halten, gehen doch die Gemeinden dem Staat mit gefährlichem Beispiel voran. Doch ist anzuerkennen, dass hier in der Stadt Bern diesmal sogar auf unserm schwierigen Terrain die Lehrerinnen von ihren Kollegen als vollberechtigte Vereinsmitglieder gelten gelassen und mitgeschützt wurden, so dass wir uns nicht für unser Geschlecht wehren mussten.

Wichtiger aber als alle die angeführten Fragen schien uns im vergangenen Jahr, das unter dem Zeichen der Arbeitslosigkeit stand, die Frage der *stellenlosen Lehrerinnen*. Eine Enquete über die Anzahl der Stellenlosen, die wir schon versucht hatten, war recht unvollständig geblieben, und wir mussten es als unmöglich erklären, mit unsern geringen Hilfsmitteln eine wahrheitsgetreue Statistik aufzustellen. Vereinzelt Klagen junger Lehrerinnen hörten wir mit Teilnahme an und ersuchten sie, uns ihr Material schriftlich zu liefern, damit wir vorgehen könnten. Es lief aber nie etwas beim Vorstand ein. Wir wandten uns dann schriftlich und mündlich an den mächtigeren Lehrerverein, der gerade im Begriff war, ebenfalls eine Statistik aufzustellen. Auch ihm ist es nur mangelhaft gelungen. Wir boten ihm unsere Hilfe an und schlugen Hilfsmassnahmen vor, mussten aber, nebenbei gesagt, auch einer Notiz im Schulblatt entgegentreten, worin angedeutet wurde, unter diesen Hilfsmassnahmen wäre einmal der Fall der *verheirateten Lehrerin* zu untersuchen. Unser Protest, diese Massnahmen dürften die Stellung der verheirateten Lehrerin im Kanton Bern nicht gefährden, wurde von Herrn Lehrersekretär Graf begrüsst. In den nächsten Tagen wird eine Eingabe des kantonalen Lehrerinnenvereins an die Unterrichtsdirektion abgehen, die ebenfalls zum Zweck hat, den stellenlosen Lehrerinnen nach Kräften zu helfen. Sie hat den Inhalt, es möchten in dieser Zeit, wo grosse Arbeitslosigkeit der Lehrerinnen, nicht aber der Lehrer, herrscht, wenigstens nicht Stellen, die früher Lehrerinnen innegehabt haben, an Lehrer vergeben werden. Diese eigentlich so selbstverständliche Forderung möchte von der Regierung an Gemeindebehörden und Schulkommissionen weitergeleitet werden. Es ist leider sehr wenig, was wir bis jetzt für unsere bedauernswerten jungen Kolleginnen tun konnten. Vielleicht könnte doch mancherorts mehr geschehen, wenn mehr Kontakt zwischen den jungen und den ältern Kolleginnen gesucht und gefunden würde. Mit ihrem persönlichen Einfluss könnte vielleicht manche Lehrerin im Amt einer Stellesuchenden bei ungerechtfertigter Hintansetzung unter die Arme greifen.

Was nun die *Pflege des Kontaktes* im Innern unseres Vereins, zwischen den Sektionsvorständen unter sich und zwischen diesen und den einzelnen Mitgliedern betrifft, so nahmen wir unter unsere Traktanden rechtzeitige *Orientierungen* über die Geschäfte der Delegiertenversammlung des Lehrervereins, des Lehrerinnenvereins und der Versicherungskasse auf, was unsern Vertreterinnen willkommen war, da die Stadt hierin in so starkem Vorteil gegenüber dem Land ist und ein engerer Zusammenhang sich oft als wünschbar und nötig erweist. Ferner statteten die Vertreterinnen der Sektionen im Kantonalvorstand mündlich Bericht ab über die Tätigkeit in ihren Sektionen, insbesondere über die Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen haben, zwecks gegenseitiger Hilfe und Anregung. Als gefallene Anregungen nennen wir die Einführung von Arbeitsgemeinschaften in den Sektionen, von Mütterabenden in den einzelnen Schulen und von Wandersitzungen der Sektionen.

Wir machten auch zwei Propagandareisen nach Thun. Endlich liessen wir ab und zu die Blicke weiter hinausschweifen und unterstützten *andere Frauenbestrebungen* auf bescheidene Weise. Unser Verein trat dem Verein für Berufsberatung bei und sandte Delegierte in dessen Kurs. Dem zu gründenden Frauen-Berufsamt wurde ein kleiner einmaliger Beitrag gesprochen. Intensiver betätigten wir uns für den Verein für Arbeitsheime schwachsinniger Mädchen, weil uns hier das Bedürfnis als ein sehr dringendes erschien. Wohl wäre es eine staatliche Aufgabe, für diese Mädchen zu sorgen, die dringend des Schutzes und der Arbeitsgelegenheit bedürfen. Da dieser jetzt nur das Haus zu billigem Zins zur Verfügung stellen kann, muss private Initiative den Betriebsfonds schaffen. Durch unsere Delegierte ist der kantonale Lehrerinnenverein mit zwei andern Frauenvereinen im engern Ausschuss, dem die Durchführung von Propaganda, Sammlung und Basar anvertraut ist. Auch diesem Verein für Arbeitsheime sind wir beigetreten und haben durch Mitwirkung bei der Propaganda und Organisation der Sammlung getan, was in unsern Kräften stand.

Das vergangene Jahr war ein Übergangsjahr für den Kantonalverein, und es bleibt noch abzuwarten, ob die Neuerungen, die die Statuten bringen, sich bewähren. Wir bitten herzlich um das Interesse, die Mitarbeit und auch um die Geduld aller unserer Mitglieder, der Jungen und der Alten, damit unser kantonaler Verein weiterhin als Bedürfnis und als eine nützliche Institution empfunden werde.

Dora Steck.

Jahresbericht pro 1922 der Sektion Thurgau.¹

Die Sektion Thurgau berief ihre Mitglieder im vergangenen Jahre zu zwei Versammlungen. Im Februar tagte sie, seit 1920 zum erstenmal wieder, mit den Arbeitslehrerinnen zusammen. Diese Gelegenheit zu gemeinsamer Aussprache wurde von beiden Seiten aufs freudigste begrüsst. Verfolgen doch die Lehrerinnen aller Gebiete, was ihre Erzieherarbeit anbelangt, das gleiche Ziel. Zur Förderung eben dieser Arbeit sprach Frl. Brack über das Thema „Leben in der Schule“. Sie verlangt von der Erzieherpersönlichkeit, dass sie selber inneres Leben besitze, dass sie stets dafür Sorge, dass sie diesbezüglich aus Reichtum und nicht aus Armut schaffe. Um in der Jugend Schaffensfreude zu wecken, empfiehlt sie, den Kindern das zu geben, was ihnen nottut und deshalb in ihnen Grund zum Anwachsen findet. Sie spricht von der Wichtigkeit, eine Aufgabe bestimmt zu fassen, fesselnd, Vorstellungen erweckend; so dass sie dem Kinde nicht erlaubt, sich in Allgemeinheiten zu verlieren, sondern dass sie zu genauen Beobachtungen auffordert. Frl. Brack gibt auch gute Wegleitung, Kindern, die nur schwer Beobachtungen und Erfahrungen machen, zu solchen zu verhelfen. Dem Bestreben, das zu verwirklichen, was Frl. Brack in ihrem Referate befürwortete, war unsere Herbstversammlung gewidmet. Wir sind in der glücklichen Lage, uns zurzeit wenig mit Standesfragen befassen zu müssen und unsere Zusammenkünfte ganz für die berufliche Weiterbildung ausnutzen zu können. Frl. Schüepp referierte über das Thema „Sprachlehre auf der Unterstufe“ und zeigte uns ihre Behandlungsweise dieses Stoffes in einer angeschlossenen Probelektion. Unsere Sektion

¹ *Anmerkung der Redaktion.* Erscheint infolge eines Versehens verspätet, was wir zu entschuldigen bitten.